



Presseschau vom 15.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Tafeln in Deutschland verhängen Aufnahmestopps und rationieren Lebensmittel

Der Andrang an den Essensausgaben der Tafeln in Deutschland explodiert: Laut Dachverband müssen die Einrichtungen immer mehr Hilfesuchende abweisen und die Rationen verkleinern. Der Anstieg der Preise für Energie und Lebensmittel dürfte die Lage weiter verschlimmern.

...

<https://kurz.rt.com/32q3> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Buhlen um mehr Öl – US-Präsident Biden braucht Saudi-Arabiens Hilfe im Ukraine-Krieg

Dass als Zweck der viertägigen Nahost-Tour des US-Präsidenten die Einbindung Israels in der Region angegeben wurde, ist nichts anderes als ein politisches Ablenkungsmanöver vom Hauptgrund dieser Reise in die Region. Bei Bidens Reise geht es in Wirklichkeit in erster Linie darum, Saudi-Arabien zur Steigerung seiner Ölförderung während des andauernden Ukraine-Krieges zu bewegen. ...

<https://kurz.rt.com/32rh> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 20:15 Uhr am 14.07.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 280 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert** sowie **nicht lenkbare Raketen** des Kalibers 80mm (ohne Einsatz von Fluggeräten) **eingesetzt**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen.

Infolge von Beschuss wurden **13 Zivilisten verletzt, 2 Zivilisten, darunter eine Jugendliche, geb. 2004, starben**. 16 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt, 3 Wohnhäuser wurden zerstört.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Volksmiliz der DVR hat gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation mit **genauen Schlägen in den Gebieten der Ortschaften Konstantinowka und Kramatorsk Feldlager mit Waffen beseitigt**. Dabei betrug die Gesamtzahl der Verluste des Gegners bis zu 1000 Mann und mehr als 100 Stück Waffen und Militärtechnik. Außerdem wurde im Rahmen des Antibatteriekampfes ein Zug Mehrfachraketenwerfer im Gebiet von Nikolajewka vernichtet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 7 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

20:00 de.rt.com: Alliierte Truppen Russlands und der LVR befreien Strjapowka und Nowaja Kamenka in der DVR

Die verbündeten Kräfte Russlands und der Volksrepublik Lugansk haben die Dörfer

Strjapowka und Nowaja Kamenka bei Soledar in der DVR unter ihre Kontrolle gebracht. Dies teilte der Sprecher der LVR-Volksmiliz, Iwan Filiponenko, am Donnerstag gegenüber Reportern mit. Ihm zufolge erlitten die ukrainischen Streitkräfte massive Verluste an Personal und Ausrüstung.

Zuvor hatte Filiponenko verkündet, dass die alliierten Truppen auf Stellungen 2,5 Kilometer von Soledar entfernt vorgedrungen seien und ihre Offensive weiter ausweiten würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d0433848fbef16707b0fb0.jpg>

Ein russischer Militärangehöriger an einer Straßensperre an der Einfahrt zu einer Siedlung im Gebiet Charkow, 29. Juni 2022

20:18 de.rt.com: **Hisbollah-Chef: USA führen auf Kosten Europas einen Krieg gegen Russland in der Ukraine**

Joe Biden sei in erster Linie in die Region gereist, um die Golfstaaten davon zu überzeugen, mehr Öl und Gas in den Markt zu pumpen. Das sagte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der Hisbollah-Bewegung. Er drohte Israel mit Krieg, wenn Tel Aviv Gas aus dem Karischfeld im Mittelmeer ausbeuten sollte.

Joe Biden sei in erster Linie in die Region gereist, um die Staaten am Persischen Golf davon zu überzeugen, mehr Öl und Gas in den Markt zu pumpen. Das erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah-Partei in einer Rede anlässlich des Jahrestages des Krieges zwischen der Hisbollah und Israel im Jahr 2006.

Nasrallah sagte, die USA führten einen Krieg gegen Russland in der Ukraine und hätten alle Länder Europas mitgerissen, wobei Europa zum Lager der Verlierer in diesem Konflikt gehöre:

"Die USA können nicht zulassen, dass Russland aus diesem Konflikt als Sieger hervorgeht. Heute besteht ihr oberstes Ziel darin, eine Alternative zu russischem Öl und Gas in Europa sicherzustellen."

Bezüglich Bidens Nahost-Tour äußerte der Hisbollah-Chef, der US-Präsident sei in die Region gereist, um unter anderem zu versichern, dass die USA an der Seite Israels und seines Normalisierungsprojektes mit den Golfstaaten stehen. Und weiter:

"Er hat dem palästinensischen Volk nichts zu bieten."

Der libanesischen Hisbollah-Chef drohte Israel am Mittwoch mit einer militärischen Eskalation, wenn ein künftiges Abkommen über die umstrittene Seegrenze zwischen den beiden Ländern nicht zugunsten des Libanons ausfallen sollte.

Nasrallah sprach zum ersten Mal seit der jüngsten Aufklärungsmission der Hisbollah über dem Karisch-Gasfeld im Mittelmeer. Drei Hisbollah-Aufklärungsdrohnen hatten sich Anfang Juli auf dieses umstrittene Gasfeld zubewegt, um Informationen zu sammeln. Die Drohnen,

die einige Zeit unentdeckt in der Luft waren, wurden später abgefangen. In einer Erklärung bezeichnete die Hisbollah diese Aktion als "erfolgreiche Aufklärungsmission".

"Die Drohnen haben die Botschaft gesendet, dass wir es ernst meinen."

Die schiitische Widerstandsbewegung, so Nasrallah, sei die einzige Kraft, die Libanon habe, um sein Recht auf Öl und Gas im Mittelmeer zu erlangen:

"Die Fähigkeiten des Widerstands sind heute beispiellos, der Kampfgeist ist größer als je zuvor."

Der Hisbollah-Chef drohte in seiner Rede, wenn es dem Libanon nicht erlaubt sei, Öl und Gas aus Bodenschätzen im Karisch-Feld auszubeuten, dann dürfe niemand Gas oder Öl aus diesen Feldern fördern. Und niemand werde in der Lage sein, Gas oder Öl von dort zu verkaufen.

Der Libanon und Israel streiten über ihre Seegrenze und darum, wem welche Anteile aus den Gasvorkommen zustehen. Der Streit über diese Grenze betrifft zwei große Gasfelder, die vor der Küste liegen: Karisch und Qana. Im Jahr 2020 hatten der Libanon und Israel die Verhandlungen über ihre Seegrenze wieder aufgenommen. Allerdings geriet der Prozess seither ins Stocken, da Beirut fordert, die von der UNO bei den Gesprächen verwendete Karte müsse geändert werden.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456255305&hash=00fbe3a851f7fe18" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456255305

20:40 de.rt.com: **Ukrainisches Verteidigungsministerium erklärt Geheimhaltung von Personalverlusten im Krieg**

Die ukrainische Vizeverteidigungsministerin Anna Maljar hat erklärt, warum ihr Ministerium keine Informationen über Personalverluste der ukrainischen Armee preisgibt. In einem Interview für den Fernsehsender TSN sagte Maljar an diesem Donnerstag:

"Die Zahlen der Gefallenen stellen während des Kriegszustandes ein Staatsgeheimnis dar. Das ist durch die militärische Zweckmäßigkeit und dadurch bedingt, dass der Feind mit diesen Zahlen nicht vertraut sein darf, um sie zu eigenen Zwecken nutzen zu können."

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte am 1. Juni mitgeteilt, dass die ukrainischen Streitkräfte jeden Tag zwischen 60 und 100 tödliche Verluste erlitten. Weitere 500 Armeeangehörige würden jeden Tag verletzt. Am 9. Juni erklärte der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow, dass jeden Tag bis zu 100 ukrainische Armeeangehörige fielen. Anfang Juni gab der Präsidentenberater Alexei Arestowitsch bekannt, dass seit dem Beginn des Krieges bis zu 10.000 ukrainische Armeeangehörige getötet worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d03b7448fbef16707b0fa9.jpg>

Begräbniszeremonie für drei gefallene ukrainische Soldaten in Lwow, 18. Juni 2022

21:00 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Stützpunkt "Tyl-22" im Zentrum von Donezk und machen Helfer zu Obdachlosen**

Der Telegram-Kanal [Readovka](#) berichtet über die Schäden, die ein ukrainischer Angriff auf den Busbahnhof von Donezk heute verursacht hat:

"Halb zerstörte Gebäude, zerbrochene Fenster und Wände: So sieht der Stützpunkt der humanitären Mission Tyl-22 ['tyl' bedeutet im militärischen Kontext 'Hinterland'; Anm. d. Red.] im Zentrum von Donezk heute aus. Der Stützpunkt befindet sich in der Nähe des Busbahnhofs, wo heute ein Kleinbusfahrer und eine Frau [getötet](#) und mindestens fünf Menschen [verletzt](#) wurden und mit dem Krankenwagen abtransportiert werden mussten. Eines der Opfer war ein 17-jähriges Mädchen, dem ein Bein [weggesprengt](#) wurde.

Zuvor war eine ukrainische Granate neben dem Stützpunkt Tyl-22 eingeschlagen – die Explosion zerstörte Fenster und beschädigte Wände. Die darin befindlichen Freiwilligen wurden nicht verletzt, waren aber vorübergehend obdachlos. 'Tyl' ist ein humanitäres Projekt, das von Dmitri Bastrakow gegründet wurde, dem Besitzer der Buchhandlung 'Listva', die vor nicht allzu langer Zeit dummerweise ['dummerweise' ist durchgestrichen dargestellt; Anm. d. Red.] zufällig von der Polizei [durchsucht](#) wurde.

'Ich hörte zwei Einschläge fast gleichzeitig, Sekunden später kam ein dritter hinzu. Panik brach aus – der Busbahnhof war voller Menschen, sie kamen von der Arbeit, hier standen Busse. In der Klinik in den benachbarten Häusern wurden Fenster herausgesprengt, es gibt Schäden, und das Traurigste ist, dass es auch Opfer gibt', so der Augenzeuge" im Bericht von Readovka.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d0553fb480cc76c21de9c5.png>

Beschädigte Häuser in Donezk nach dem heutigen Beschuss (Screenshot), 14. Juli 2022

21:40 de.rt.com: **Rheinmetall modernisiert 30 Marder-Schützenpanzer zur Unterstützung der Ukraine**

Der Rüstungskonzern Rheinmetall modernisiert nach eigenen Angaben derzeit mehr als zwei Dutzend Schützenpanzer vom Typ Marder für einen möglichen Ringtausch zur Unterstützung der Ukraine. Man habe bereits 30 Stück "in Arbeit genommen", um sie für die erhofften Verkäufe vorzubereiten, sagte ein Unternehmenssprecher am Donnerstag am Standort Unterlüß in Niedersachsen gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Insgesamt ließen sich rund 100 Stück "relativ einfach herrichten".

Rheinmetall hatte die Lieferung der von der Bundeswehr ausgemusterten und wieder aufzubereitenden Marder angeboten. Eine Entscheidung der Bundesregierung steht aber nach bisherigem offiziellen Stand noch aus. Rheinmetall-Chef Armin Papperger geht aber von einer baldigen Genehmigung der geplanten Verkäufe alter Marder-Panzer aus. Er erklärte: "Wir haben täglich Kontakt zum Kanzleramt, da ist Wille und Druck da."

Der Sprecher erklärte, es sei beabsichtigt, die Schützenpanzer vom Typ 1A3 an andere Länder abzugeben, die dafür dann ihrerseits eigene Rüstungsgüter an die ukrainischen Streitkräfte liefern könnten. Zuletzt gab es auch international Kritik an Deutschland wegen seiner Zögerlichkeit bei versprochenen Waffenlieferungen.

Bei den betreffenden Marder-Exemplaren geht es um Panzer aus den 1970er und 1980er Jahren. Rheinmetall will außerdem ältere Ausgaben des Kampfpanzers Leopard 1 weiterverkaufen. Davon habe man 88 verfügbar, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d059adb480cc781e31a3e9.jpg>

Ausgemusterte Marder-Schützenpanzer der deutschen Bundeswehr am Rheinmetall-Werk in niedersächsischen Unterlüß, 14. Juli 2022

21:42 de.rt.com: **Kuba beschwert sich über USA als UN-Sitz – Rolle als Gastgeberland wird missbraucht**

Kuba wirft den Vereinigten Staaten Diskriminierung gegenüber seinen Diplomaten bei der Ausstellung von Visa vor. In diesem Zusammenhang hinterfragt der Karibikstaat vor den Vereinten Nationen, inwieweit die USA ihrer Rolle als Gastgeberland und UN-Sitz gerecht werden.

Kubas UN-Botschafter Yuri Gala López hat sich bei den Vereinten Nationen über eine "diskriminierende Behandlung bei der Ausstellung von US-Visa" für seine Diplomaten beschwert. Der kubanische Vertreter warf den USA als Gastgeberland für internationale Veranstaltungen und als UN-Sitz vor, gegenüber Vertretern des Inselstaates Willkür zu betreiben.

Gala López verurteilte vor dem UN-Komitee für Beziehungen mit dem Gastgeberland die Regelwidrigkeiten, denen Washington kubanische Diplomaten und ihre Familienangehörige ausgesetzt habe:

"Man hat ihnen willkürlich die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, was ein Hindernis für die gute Ausübung ihrer Funktionen darstellt."

Darüber hinaus diskriminierten die USA als Gastgeberland kubanische Vertreter bei der Ausstellung von Einreisevisa. Gala López teilte mit:

"Indem das Gastgeberland wählerisch und willkürlich das Abkommen über den Sitz anwendet, missbraucht es seine Stellung und verletzt offen das Prinzip der souveränen Gleichheit, das in der UN-Charta verankert ist."

Kubas UN-Botschafter erklärte dabei, dass sich die UNO in diesem Zusammenhang nicht als Komplize des Gastgeberlandes verhalten dürfe, das wiederholt gegen die UN-Charta, gegen das Abkommen über den UN-Sitz, gegen das Übereinkommen über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1975 und gegen andere internationale Regeln verstoßen habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d0071cb480cc3d2627e69b.jpg>

22:15 de.rt.com: **Gouverneur meldet Drohnenangriffe im Gebiet Brjansk**

Am Donnerstag gelang es ukrainischen Drohnen, in den Luftraum des russischen Gebiets Brjansk einzudringen. Sie beschossen dort einen Grenzschutzposten im Dorf Tschernosjomny sowie eine Tankstelle im Dorf Nowyje Jurkowitschi, Kreis Klimowski, wie der Gouverneur der Region, Alexander Bogomas, auf seinem Telegram-Kanal mitteilte. Dabei wurden ihm zufolge die Verglasung sowie Fassadenelemente der Tankstelle beschädigt. Bogomas fügte hinzu, dass zivile Einrichtungen bei dem Angriff nicht zu Schaden gekommen seien. Auch habe es keine Opfer oder Verletzte gegeben.

Wpered.su: **Im Donbass traf ein humanitärer Konvoi der KPRF aus der Oblast Uljanowsk ein**

Das Mitglied des ZK der KPRF Ajrat Gibatdinow besuchte im Rahmen einer russischen Delegation die Donezker Volksrepublik. Im Rahmen des Besuchs wurde humanitäre Hilfe übergeben, die von den regionalen Organisationen der KPRF aus dem gesamten Wolgagebiet gesammelt worden war, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Ajrat Gibatdinow besuchte das Republikanische Zentrum für Notfall- und Katastrophenmedizin der Donezker Volksrepublik und überreichte den Mitarbeitern Schlüssel für einen Krankenwagen.

Dann fand ein Treffen mit dem Oberhaupt der DVR Denis Puschilin statt, der dem Vorsitzenden der KPRF Gennadij Sjuganow und der gesamten Parteiführung für ihre regelmäßige Hilfe für die Donezker Volksrepublik sowie für die Soldaten dankte.

Wir erinnern daran, dass die russischen Kommunisten am 11. Juli einen humanitären Konvoi der KPRF aus dem Oblast Uljanowsk in den Donbass entsandte. An der Entsendung des humanitären Konvois nahm der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow teil.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/07/KPRF-1-2.jpg>

22:30 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Truss sollte sich auf ihr eigenes Land**

statt auf die Ukraine konzentrieren

Wie [RIA Nowosti](#) meldet, sind die Drohungen der britischen Außenministerin Liz Truss gegen Russland und seine Führung sowie ihr Wunsch, den "Sieg der Ukraine" zu erringen, großwahnhaft und entsprechen dem Verhalten einer zweitklassigen Politikerin. Dies [erklärte](#) der Meldung zufolge die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

"All dies unternimmt sie, anstatt sich mit den Problemen ihres eigenen Landes zu befassen, und davon gibt es eine ganze Reihe. Diese ganzen leeren Slogans der wütenden Truss zeigen deutlich, dass sie in Wirklichkeit entweder nicht in der Lage ist, die ernstesten Krisen in der Wirtschaft und der Innenpolitik des Landes zu erkennen, die dessen Regierung zu bewältigen versucht, oder einfach nicht weiß, wie sie diese überwinden soll, und versucht, die Aufmerksamkeit der Wähler abzulenken",

so das Außenministerium in einem auf seiner Website veröffentlichten Kommentar.

Laut Sacharowa zeigen solche Äußerungen, dass das Wohlergehen und der Lebensstandard der einfachen Briten nicht zu den Prioritäten von Truss gehören.

"Auf die militanten Entgleisungen der derzeitigen Chefin des Außenministeriums, die der ernsthaften Diplomatie Ausflüge mit Panzern vorzieht, über ihre Entschlossenheit, Russland eine 'Niederlage' zuzufügen, ist die Antwort einfach: Soll sie es versuchen. In der jahrhundertalten Geschichte unseres Staates haben es schon viele versucht. Wie Sie wissen, lernen die Klugen aus den Fehlern der anderen. Liz Truss hat aus ihren Erfahrungen gelernt", schloss Sacharowa.

Zuvor war berichtet worden, dass Truss als eines ihrer Hauptziele für den Fall ihrer Wahl zur Premierministerin das Erreichen einer "Niederlage Russlands" in der Ukraine genannt hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d05eae48fbef23ac2b57c4.jpg>

Liz Truss, Außenministerin des Vereinten Königreichs, spricht im britischen Parlament, London, 27. Juni 2022

22:40 de.rt.com: **"Merkur": USA betreiben vermutlich geheime Kommandostruktur in Ukraine**

Seit Februar 2022 werden die USA und ihre NATO-Partner nicht müde zu betonen, dass sie nicht am militärischen Konflikt in der Ukraine beteiligt sind, wenigstens offiziell nicht. Wie nun der Münchner [Merkur](#) berichtet, sollen jedoch die USA in der Ukraine eine geheime Kommandostruktur unterhalten. Falls dem so wäre, würde dies den Beteuerungen der NATO-Länder widersprechen.

Der Merkur beruft sich auf die New York Times, die aufgedeckt habe, dass "sich offenbar sehr wohl NATO-Einheiten und US-Agenten in der Ukraine" aufhalten. Zwar würde sich ein Großteil dieses geheimen Netzwerks aus Spezialeinheiten und Geheimagenten außerhalb der Ukraine in Europa – "auf US-Stützpunkten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien" – befinden, doch seien zumindest auch CIA-Agenten in der Ukraine anwesend. Hauptsächlich von Kiew aus würden sie die "Aufklärungsarbeit koordinieren".

Die Organisation und Struktur dieser Netzwerke orientiere sich dabei an einem Modell, das die USA während des Krieges in Afghanistan entwickelt hätten. Eine der Aufgaben bestehe in der Koordination von "Waffen- und Ausrüstungsströmen in das Kriegsgebiet". Dabei spielt offenkundig auch die (militär-)geheimdienstliche Aufklärung mit hinein.

Die Präsenz der CIA in der Ukraine gelte auf internationaler Ebene als offenes Geheimnis. Neben den US-Amerikanern sollen beispielsweise auch Großbritannien, Frankreich, Kanada und Litauen an "ein paar Dutzend Kommandos" dieser NATO-Strukturen in der Ukraine beteiligt sein.

Neben der geheimdienstlichen Aufklärung dürfte eine Aufgabe der Kommandos auch in der Ausbildung der Ukrainer an den aus den USA gelieferten HIMARS-Raketenwerfern bestehen – offiziell außerhalb der Ukraine, wie es heißt: "noch" in Deutschland. Doch bestünde die Gefahr, "dass die Präsenz von mehr US-amerikanischen Ausbildern in der Ukraine eine weitere Eskalation vonseiten Russlands auslösen könnte".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d070b748fbef213d6e73f8.jpg>

Einer der ersten Einsätze des US-Mehrfachraketenwerfersystems HIMARS in der Ukraine gegen russische Ziele im Gebiet Saporoschje, Foto veröffentlicht durch den ukrainischen Generalstab, 4. Juli 2022

22:55 de.rt.com: **"Manche Tiere sind gleicher als andere": Ex-Präsident Medwedew vergleicht US-Politik mit Orwell-Buch**

US-amerikanische Politiker scheinen George Orwells Buch "Farm der Tiere" als Handlungsanleitung für die Ausbeutung der Menschen zu betrachten. Dies erklärte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew, der seinen Verdacht ausführlich begründete.

Die Politik der USA und des Vereinigten Königreichs beruhe auf Grundprinzipien, die der englische Schriftsteller George Orwell in seinem antisowjetischen Roman "Farm der Tiere" schilderte. Diesen Vergleich zog der russische Ex-Präsident und amtierende stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, auf seinem Telegram-Kanal. Er ergänzte seine Äußerung mit dem Bild eines Schweins, womit er auf eine der zentralen Figuren des Buchs anspielte.

Laut Medwedew werde das US-Verständnis von Demokratie am besten durch ein in dem Buch beschriebenes Prinzip der Gesellschaftsordnung ausgedrückt:

"Alle Tiere sind gleich. Aber einige sind gleicher als die anderen."

Mit anderen Worten, das US-Modell der Weltordnung bestehe darin, dass nur den USA alles erlaubt sei. Wer damit nicht einverstanden ist, werde unterdrückt oder zum Schlachthof gebracht, so Medwedew weiter. Der ehemalige Staatschef warf der US-Führung vor, sich den Status eines unkontrollierbaren "obersten internationalen Schiedsrichters der Moral und Rechtmäßigkeit, des Großmeisters der internationalen politischen Spielchen und unfehlbaren Primus unter vermeintlich Gleichen" anzumaßen. Weiter hieß es:

"Die Vereinigten Staaten glauben aufrichtig an das Recht ihrer Geburt, für andere Nationen zu entscheiden, mit wem sie befreundet sein sollen, wem sie gehorchen sollen, mit wem sie Handel treiben sollen, wem sie Tribut zollen und vor wem sie niederknien sollen."

Als Beispiel führte der Politiker die gescheiterten Attentatsversuche auf die Castro-Brüder, den Sturz und die anschließende Hinrichtung Saddam Husseins durch ein irakisches Gericht sowie die Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani an.

Der Ex-Präsident fügte hinzu, dass Washington es vorziehe, Kriege in anderen Ländern "und vorzugsweise mit fremden Händen" zu führen. Dmitri Medwedew wies auch darauf hin, dass sich die US-Behörden in der Innenpolitik erlauben, wofür sie andere Länder kritisieren: Druckausübung bei Wahlen, Korruption, Sexskandale, soziale Ungerechtigkeit, "Fremdenfeindlichkeit und propagandistische Demagogie", unfaire Prozesse und "die Machtübernahme durch gebrechliche, skurrile alte Männer, die mit berüchtigten Familienbanden belastet sind". Medwedew betonte:

"Nationaler Hochmut, dazu noch eine dumme, rüpelhafte und selbstgerechte Macht, ist eine sehr gefährliche Sache. Ist das nicht der rote Teppich zum Nationalsozialismus?"

"Farm der Tiere" ist ein Roman, der den Wechsel von einer Diktatur in der Tiergesellschaft zu einer anderen durch einen Staatsstreich beschreibt. Kritikern zufolge soll es eine Parabel auf die Revolution von 1917 in Russland und eine Satire auf das Sowjetregime darstellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d03ce848fbef173568a0f5.jpg>

22:55 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Kämpfer bereiten durch Verminung einer Brücke im Gebiet Dnepropetrowsk eine Provokation gegen das russische Militär vor**

Ukrainische Kämpfer haben eine Brücke über den Fluss Woltschja im Gebiet Dnepropetrowsk vermint und haben vor, diese in die Luft zu sprengen und die Streitkräfte Russlands und der DVR dafür verantwortlich zu machen. Dies teilte der Leiter des Nationalen Verwaltungszentrums zur Verteidigung der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, am Donnerstag mit. Er sagte:

"Im Gebiet Dnepropetrowsk östlich der Siedlung Troizkoje haben ukrainische Neonazis eine Brücke über den Fluss Woltschja vermint, die sie zu sprengen planen. Und nach einem bekannten Szenario mit breiter Berichterstattung in den ukrainischen und westlichen Medien die Einheiten der Streitkräfte Russlands und der Volksrepublik Donezk der angeblichen wahllosen Angriffe gegen die Verkehrsinfrastrukturobjekte zu beschuldigen."

Der Generaloberst betonte, dass die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der militärischen Sonderoperation in der Ukraine keine zivilen Infrastruktureinrichtungen angreifen, die Zivilbevölkerung ausschließlich human behandeln und dieser umfassende Hilfe und Unterstützung gewähren.

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Macron: Frankreich will keinen neuen Weltkrieg**

Der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte, Frankreich wolle den Konflikt in der Ukraine beenden und warnte davor, dass dieser sich zu einem neuen Weltkrieg ausweiten könnte. Gleichzeitig schloss er nicht aus, dass sich die Kampfhandlungen in die Länge ziehen könnten.

Frankreich will die Ausweitung des Ukraine-Kriegs zu einem neuen Weltkrieg verhindern und strebt ein Ende des Konflikts in der Ukraine an. Dies teilte der französische Präsident Emmanuel Macron in einem Interview mit TF1 und France 2 mit. Das Staatsoberhaupt Frankreichs sagte:

"Wir wollen den Krieg beenden, ohne in ihn einzutreten. Wir wollen keinen Weltkrieg."

Macron fügte hinzu, man müsse sich darauf vorbereiten, dass der Konflikt in der Ukraine von langer Dauer sein werde. Er wies darauf hin:

"Es wird eine besonders schwierige Zeit im Sommer und Frühherbst geben."

Der Staatsschef erklärte zugleich, dass es keine Pläne gebe, die französischen Ausgaben für die Armee zu kürzen. Dennoch müsse aber auch die europäische Verteidigung gestärkt werden.

Macron führte dazu aus:

"Ich kann sagen, dass der französische Militärhaushalt nicht gekürzt wird, ganz im Gegenteil."

Bereits Mitte März hatte der französische Präsident gefordert, dass die europäischen Länder mehr in die Verteidigung investieren müssten, um auf einen möglichen militärischen Konflikt von "hoher Intensität" vorbereitet zu sein.

Frankreich liefert seit dem Beginn der russischen Militäroperation Waffen an die Ukraine. Im April erklärte Macron, Paris habe Caesar-Panzerartillerieeinheiten an Kiew übergeben. Mitte Juni erklärte der französische Regierungschef, dass die Ukraine zusätzlich zu den bereits übergebenen zwölf Einheiten sechs weitere erhalten werde.

Ende Juni berichtete der französische Rechtsanwalt und Journalist Régis de Castelnau, dass das russische Militär zwei selbstfahrende Artilleriesysteme der Marke Caesar beschlagnahmt habe. Das russische Unternehmen Uralwagonsawod, das zur russischen Staatsgesellschaft Rostech gehört, kommentierte seine Worte, indem es den französischen Behörden für die "geschenkten selbstfahrenden Artilleriesysteme" dankte. Der französische Generalstab erklärte, dass es keine Beweise für die Beschlagnahmung der Einheiten gebe.

Der Kreml wies darauf hin, dass Waffenlieferungen an die Ukraine "mehr Leid" verursachen und den Konflikt nur verlängern würden, während die Ziele der russischen Sonderoperation unabhängig von der Menge der vom Westen gelieferten militärischen Ausrüstung erreicht würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d03a8a48fbef162c5ae2f6.jpg>

6:45 de.rt.com: **Russischer Experte: Trotz Stillstand hat sich Nord Stream 2 faktisch bereits amortisiert**

Nord Stream 2, die sanktionsbedingt noch nicht in Betrieb genommene Ostseepipeline, hat sich nach Ansicht eines russischen Experten längst amortisiert. Die Inbetriebnahme der Pipeline sei jedoch jetzt ein heikles Thema für EU-Politiker, weil das Projekt seit Langem dämonisiert wurde.

Die Pipeline Nord Stream 2, die noch keinen einzigen Tag in Betrieb war, habe sich trotzdem vollkommen rentiert, sagte Igor Juschkow, ein führender Analytiker des russischen Nationalen Energiesicherheitsfonds, in einem Gespräch mit Lenta.ru. Allein die Existenz der Pipeline habe sich bereits positiv auf die Gewinne und die Bilanz von Gazprom ausgewirkt, so der Experte:

"Die bloße Tatsache, dass Nord Stream 2 als Projekt existiert, hat die Gaspreise in die Höhe getrieben, und Gazprom hat mehr verdient als zuvor. Deshalb sagen heute viele Experten: Wenn es kein Nord Stream 2 gäbe, würde es sich lohnen, das zu erfinden, um den Markt zu verunsichern und die Preise dadurch zu erhöhen."

Diese Pipeline habe sich somit bereits bezahlt gemacht, meint der Experte – auch wenn sie noch gar nicht in Betrieb ist. Natürlich seien die Preise nicht nur aus diesem Grund gestiegen, "aber es war einer der Faktoren", so Igor Juschkow.

Wenngleich Gazprom viel in den Ausbau des Gastransportsystems investiert hat und diese Investitionen nun aufgrund der Sanktionen und der Nichtgenehmigung von Nord Stream 2 durch die Europäische Union verloren sind, konnte das Unternehmen diese Investitionen wieder hereinholen, meint der Experte. Er erklärte in dem Gespräch mit Lenta.ru:

"Zunächst einmal wurde die Hälfte der Gelder für den Bau von Nord Stream 2 von europäischen Unternehmen bereitgestellt, in der Erwartung, dass Gazprom nach Inbetriebnahme der Pipeline die Darlehen aus den Erlösen zurückzahlen würde. Mehrere Unternehmen haben nun erklärt, dass die Investitionen möglicherweise abgeschrieben werden müssen. Und für Gazprom sind die aktuellen Kosten nicht so hoch."

Sollte Nord Stream 2 jedoch niemals in Betrieb genommen werden, so würde doch niemand die Pipeline abbauen.

Juschkow ist zuversichtlich, dass die Vertragspartner weitere Wartungsarbeiten an der Pipeline durchführen werden, um sie bis zu besseren Zeiten betriebsbereit zu halten. "Wir werden weiterhin alles instand halten, was sich auf russischem Gebiet oder in neutralen Gewässern befindet. Die Wartung in deutschen Gewässern wird von Deutschland selbst durchgeführt, oder man beschließt doch noch, Gazprom die Arbeit machen zu lassen. In jedem Fall wird Nord Stream 2 zumindest in den nächsten Jahren bereitgehalten werden. Sie wird vielleicht jahrelang nicht funktionieren, aber sie wird einsatzfähig bleiben", ist der Experte überzeugt. Er ist der Meinung, dass die Europäer zu Geiseln ihrer eigenen Medienpolitik geworden seien: Sie haben Nord Stream 2 erst jahrelang verteufelt, so dass die Öffentlichkeit nun doch fragen würde, wann sie endlich in Betrieb geht, ohne dass dabei etwas Schlimmes passiert. "Wenn Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird und seinen Zweck ganz normal erfüllt, wird die Öffentlichkeit fragen: Warum konnte das nicht gleich gemacht werden? Denn dann hätte es kein Gasdefizit gegeben, die Preise wären nicht so schnell gestiegen, die Inflation wäre nicht so hoch gewesen, niemand hätte gelitten. Daher ist dieses Thema für europäische Politiker natürlich sehr heikel", so der Experte abschließend.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d00228b480cc243107b180.jpg>

7:00 de.rt.com: **EU-Kommission: Sanktionen gegen russische Wirtschaft wirken**

Die gegen Russland verhängten EU-Sanktionen entfalten ihre Wirkung, sagten Experten der EU-Kommission zur Deutschen Presse-Agentur. So betreffen zielgerichtete Handelsbeschränkungen mittlerweile russische Exportgeschäfte, die vor dem Krieg in der Ukraine ein Volumen von mehr als 73 Milliarden Euro im Jahr hatten. Prozentual gesehen geht es um 48 Prozent der bisherigen Ausfuhren Russlands in die EU.

Zudem wurden innerhalb von vier Monaten russische Vermögenswerte von rund 13,8 Milliarden Euro eingefroren. Auch milliarden schwere Reserven der russischen Zentralbank können nicht mehr abgerufen werden.

"Die verfügbaren Daten zeigen ganz klar, dass die Sanktionen wirken", sagte ein ranghoher EU-Beamter, der nicht namentlich genannt werden wollte. Trotz des bislang relativ kurzen Zeitraumes würden schon relevante Effekte auf die russische Wirtschaft erzielt. Klar sei zudem, dass die Auswirkungen mit der Zeit noch stärker würden.

8:00 de.rt.com: **Gouverneur des Gebietes Brjansk meldet Beschuss eines Dorfes durch ukrainische Streitkräfte**

Der Gouverneur im russischen Grenzgebiet Brjansk hat der ukrainischen Seite erneut Beschuss vorgeworfen. Ihm zufolge sei das Dorf Nekislizy am Freitagmorgen um fünf Uhr mit Artillerie beschossen worden. Hierbei sei eine Stromleitung beschädigt worden. Verletzt worden sei aber niemand. "Es gab keine Tote oder Verletzte. Alle Einsatzkräfte sind vor Ort. Ein Team von Elektrikern ist auch unterwegs", [schrieb](#) Alexander Bogomas auf Telegram.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 15.7.2022**

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 49 Mann;
- 7 Schützenpanzerwagen;
- 1 Panzer;
- 3 Fahrzeuge.

2 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.

Der Gegner setzt den Terror gegen die friedliche Bevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Stachanow mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen** und 6 Raketen

abgefeuert.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Schipilowka und Priwolje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

8:25 de.rt.com: **Kanada weitet seine Russland-Sanktionen aus**

Das kanadische Außenministerium kündigte neue Sanktionen gegen Russland an. Die neuen wirtschaftlichen Beschränkungen betreffen den russischen Öl-, Gas- und Industriesektor, heißt es in einem Dokument auf der Webseite der Behörde. Demnach wurden acht neue Industrien aus diesen Wirtschaftsbereichen auf die Sanktionsliste gesetzt.

Insbesondere ist es kanadischen Bürgern und Unternehmen künftig untersagt, der russischen Seite Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Herstellung von Metallprodukten, Computerausrüstung und Fahrzeugen zu erbringen.

Wladimir Proskurjakow, Geschäftsträger der russischen Botschaft in Kanada, bezeichnete den Schritt als unvernünftig und kontraproduktiv. Alle Sanktionen seien zweischneidig und würden zwangsläufig auch auf Kanada selbst Auswirkungen haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d100e4b480cc51955a24a6.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.7.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 450 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm, 120mm-Mörsern sowie unter Einsatz von nicht lenkbaren Luftraketen des Kalibers 80mm (ohne Einsatz von Flugzeugen) **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **15 Zivilisten, darunter eine Jugendliche, geb. 2004, verletzt**, 2 starben. 36 Wohnhäuser und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 8 Fahrzeuge, 4 Schützenpanzerwagen und mehr als 60 Mann.

10:00 de.rt.com: **Gebiet Belgorod: Gouverneur meldet Abwurf eines Sprengsatzes auf Bibliothek**

Der Gouverneur im russischen Grenzgebiet Belgorod teilte mit, dass in der Nacht auf Freitag ein improvisierter Sprengsatz aus einer Drohne auf das Gebäude einer Bibliothek in der Stadt Graiworon abgeworfen worden war.

"Es gibt kleinere Schäden. Ermittler und Einsatzdienste sind jetzt vor Ort", [schrieb](#)

Wjatscheslaw Gladkow auf Telegram. Verletzt worden sei aber niemand.

Graiworon liegt rund 10 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. Russland wirft der Ukraine wiederholt Angriffe auf sein Staatsgebiet vor. Die ukrainische Seite äußert sich in der Regel nicht zu den Vorwürfen.

10:06 de.rt.com: **Kein Gold mehr aus Russland – EU schnürt weiteres Sanktionspaket**

Der Inhalt des nächsten EU-Sanktionspakets ist mittlerweile bekannt: Das siebte Paket wirtschaftlicher Restriktionen der Europäischen Union soll Berichten zufolge vor allem ein Verbot russischer Goldimporte beinhalten. Weitere Energiesanktionen sind offenbar nicht geplant.

Die jüngste Runde der Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland wird sich auf die Goldexporte des Landes konzentrieren und bestehende Schlupflöcher schließen, berichtete die Nachrichtenseite Euractiv am Donnerstag. Weitere Energiesanktionen sind offenbar vom Tisch, da Europa mit den Folgen seiner früheren Sanktionspakete zu kämpfen hat.

Russische Goldimporte wurden bereits von den USA, Großbritannien, Japan und Kanada verboten, was auf dem G7-Gipfel in Deutschland im vergangenen Monat beschlossen wurde.

Obwohl der Wert der russischen Goldexporte im Jahr 2021 auf rund 15 Milliarden Euro geschätzt wird, wurde das Verbot von Branchenanalysten als eher symbolisch bezeichnet, da die westlichen Sanktionen die europäischen und US-amerikanischen Märkte für russische Goldbarren bereits abgeschottet haben.

Euractiv berichtet unter Berufung auf EU-Diplomaten, dass das siebte Sanktionspaket der EU auch weitere russische Unternehmen und Personen auf die schwarze Liste setzen wird, die Berichten zufolge mit dem Kreml in Verbindung stehen, und dass bestimmte Waren zu den bestehenden Listen hinzugefügt werden, um gegen die Umgehung von Sanktionen vorzugehen.

Das Paket, das innerhalb einer Woche angekündigt werden soll, könnte auch einen Verweis auf die kürzlich von der Europäischen Kommission veröffentlichten Leitlinien enthalten, die festlegen, welche Waren von Russland über litauisches Gebiet in die europäische Exklave Kaliningrad transportiert werden dürfen und welche nicht.

Bemerkenswert ist, dass in dem Paket keine weiteren Maßnahmen gegen den russischen Energiesektor enthalten sind. Das sechste Sanktionspaket enthielt Verbote für russische Kohle- und Öleinfuhren, schloss jedoch Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik aus, die Öl über Pipelines aus Russland beziehen.

Während die ukrainische Regierung und ihre engsten Verbündeten in Osteuropa gefordert haben, dass sich der Block von russischem Gas abschottet, sind viele Länder in der EU – darunter auch Deutschland und Ungarn – in hohem Maße von diesem Brennstoff abhängig und sehen sich aufgrund früherer Sanktionen, die die Versorgung behinderten, bereits mit wirtschaftlichen Verwerfungen und der Aussicht auf Rationierung konfrontiert.

Der tschechische Premierminister Petr Fiala sagte am Mittwoch gegenüber Reuters:

"Es ist definitiv problematisch, Energie in die Sanktionen einzubeziehen, denn es gilt die Regel, dass die Sanktionen größere Auswirkungen auf Russland haben müssen als auf die Länder, die die Sanktionen verhängen."

Der Wert des Euro ist auf ein 20-Jahres-Tief gefallen, seit die EU ihre beispiellosen Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt hat, wobei die Währung am Montag die Parität zum US-Dollar erreichte. Unterdessen ist der russische Rubel stärker als vor dem

Beginn des militärischen Konflikts in der Ukraine, und steigende Gewinne aus dem Energiesektor haben Moskaus Leistungsbilanzüberschuss auf einen Rekordwert von 70,1 Mrd. Euro steigen lassen, wie Bloomberg diese Woche berichtete.

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1192e48fbef213d6e7423.jpg>

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, während einer Debatte im Europäischen Parlament in Straßburg, Frankreich, 6. Juli 2022

10:20 de.rt.com: **Gazprom liefert weiter Gas durch die Ukraine**

Wie auch in den vergangenen Tagen liefert Russlands Energiekonzern Gazprom sein Gas über den Eingangspunkt Sudscha durch die Ukraine nach Europa. Der Vorschlag, über den Eingangspunkt Sochranowka zu pumpen, sei von der ukrainischen Seite abgelehnt worden, sagte ein Gazprom-Vertreter laut der russischen Agentur RIA Nowosti.

Die für Freitag vereinbarte Liefermenge liegt bei 41,9 Millionen Kubikmeter. Gazprom erklärte, dass die Lieferung der gesamten Gasmenge durch Sudscha technisch unmöglich sei, das Unternehmen erfülle aber alle Verpflichtungen gegenüber den europäischen Verbrauchern. Seit Montag wird durch die Pipeline Nord Stream 1 wegen Wartungsarbeiten kein Gas mehr geliefert. Die Arbeiten sollen bis zum 21. Juli dauern. In dieser Zeit bleibt für Gaslieferungen aus Russland nach West- und Mitteleuropa nur die Transitleitung durch die Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d1168048fbef21e460bdc2.jpg>

12:15 (11:15) novorosinform.org: **Kiew beschloss, Truppen aus Sewersk abzuziehen - Marotschko**

Andrej Marotschko, Offizier der Volksmiliz der LVR, erklärte, dass das Kommando der Streitkräfte der Ukraine einen schrittweisen Rückzug seiner Truppen aus Sewersk beschlossen habe.

Er stellte fest, dass die Militärs gemäß dem Befehl ihre Stellungen heimlich verlassen und sich in kleinen Gruppen zurückziehen müssten. Marotschko fügte hinzu, dass der Feind weiterhin allen ihm möglichen Widerstand leiste.

Die Informationen über den Abzug ukrainischer Kämpfer aus Sewersk wurden auch vom Militärkorrespondenten Semjon Pegow bestätigt. Quellen von „WarGonzo“ berichten, dass die Ausrüstung und das Personal der Streitkräfte der Ukraine die Siedlung verlassen und sich durch Swanowka in Richtung Soledar bewegen.

Zuvor sagte der erste stellvertretende Informationsminister der DVR, Daniil Bessonow, dass die alliierten Streitkräfte aus nordöstlicher Richtung in Sewersk eingedrungen seien. Jetzt säuberten sie die östlichen Stadtteile.



https://novorosinform.org/content/images/89/48/48948_720x405.jpg

12:41 (11:41) novorosinform.org: **Der Zweck des Angriffs in Winniza war ein Treffen mit ausländischen Flugzeughändlern, sie wurden alle zerstört - russisches Verteidigungsministerium**

Russische Truppen griffen das Offiziershaus in Winniza an, wo Flugzeuglieferungen besprochen wurden.

Der Schlag wurde von operativen Marschflugkörpern "Kalibr" auf das Gebäude des Garnisonshauses der Offiziere der Streitkräfte der Ukraine geführt, teilt das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation mit.

Nach erhaltenen Geheimdienstdaten sollte im Haus der Offiziere in Winniza ein Treffen hoher Beamter der Streitkräfte der Ukraine und ausländischer Vertreter stattfinden, bei dem geplant war, die Lieferung von Ausrüstung für die ukrainische Luftwaffe zu erörtern.

Mit schweren Waffen griffen die russischen Raketentruppen jedoch während des Treffens das Gebäude an, in dem sich das Militär und Ausländer bereits versammelt hatten.

Ziel war es, die Versorgung der Ukraine mit Flugzeugen zu verhindern und den Vorteil der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte in der Luft zu erhalten. Die ukrainischen und westlichen Medien beschuldigten Russland jedoch, Zivilisten zu beschießen, und nannten die Zahl der Toten und Verletzten. Informationen, dass der Angriff auf ein militärisches Ziel gerichtet war, wo sich Vertreter der Streitkräfte der Ukraine befanden, werden dagegen totgeschwiegen.



https://novorosinform.org/content/images/89/52/48952_720x405.jpg

12:48 (11:48) novorosinform.org: **Bis zu 200 Kämpfer des Nationalbataillons "Kraken" in Charkow liquidiert - Russisches Verteidigungsministerium**

Die russischen Streitkräfte haben in Charkow bis zu 200 Nationalisten mit Hilfe von Präzisionswaffen vernichtet. Dies wurde im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation gemeldet.

"Infolge von hochpräzisen Schlägen auf die vorübergehenden Einsatzpunkte der 40. Artillerie-Brigade und der nationalistischen Formation "Kraken" in der Stadt Charkow wurden bis zu 200 Nationalisten, darunter etwa 50 ausländische Söldner, vernichtet", heißt es in dem Text. Außerdem berichtete das russische Verteidigungsministerium, dass 19 Einheiten von Waffen und militärischer Ausrüstung deaktiviert worden seien.

Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass der Feind in alle Richtungen schwere Verluste erleide. Insbesondere in der 25. Brigade der Streitkräfte der Ukraine, die in der Region Sewersk operiert, habe sich eine kritische Situation entwickelt. Die Verluste dieser Formation während der Kämpfe beliefen sich auf mehr als 70% des Personals.

11:52 de.rt.com: **Britischer Söldner stirbt in Gefangenschaft in der Volksrepublik Donezk**

Der britische Söldner Paul Urey, der sich in Gefangenschaft befand, ist nach Angaben der Behörden der Volksrepublik Donezk bereits am 10. Juli gestorben. Offiziellen Verlautbarungen zufolge soll er chronischen Krankheiten erlegen sein.

Laut einem Bericht der Donezker Nachrichtenagentur ist der britische Söldner Paul Urey, der sich im Gefängnis in der Volksrepublik Donezk (DVR) befand, verstorben. Der Brite sei nach Aussagen der Ombudsfrau der DVR, Darja Morosowa, "chronischen Krankheiten" erlegen. Nach Angaben der Ombudsfrau habe Urey als Söldner für die Ukraine gekämpft, bevor er von den Streitkräften der DVR gefangen genommen wurde. Britische Medien beriefen sich auf Angehörige des Mannes und behaupteten wiederum, er sei als Entwicklungshelfer in der Ukraine gewesen. Laut einem Bericht des britischen Senders [BBC](#) sei Urey als Volontär einer Hilfsorganisation in der Ukraine gewesen, wo er demnach Ende April an einem Kontrollpunkt in der Südukraine gefangen genommen wurde.

Morosowa fügte hinzu, dass bei dem 45-Jährigen bei der ersten medizinischen Untersuchung nach der Gefangennahme in der DVR mehrere chronische Krankheiten diagnostiziert worden seien, darunter "insulinabhängige Diabetes, Störungen des Atmungssystems, der Nieren sowie mehrere Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems". Sie ergänzte: "In Anbetracht der Diagnose und der Belastung ist er am 10. Juli verstorben." Der Gefangene habe von den Behörden die erforderliche medizinische Behandlung erhalten, betonte Morosowa.

Darüber hinaus sei Urey den Aussagen der Ombudsfrau zufolge "aufgrund von Gleichgültigkeit gegenüber seinem Schicksal in seiner Heimat" depressiv gewesen. Die Vertreter der Volksrepublik Donezk hätten die britischen Behörden, internationale Organisationen sowie Medien über die Gefangennahme Ureys informiert, aber es sei "keine Reaktion aus Großbritannien erfolgt". Demnach habe London laut Morosowa "selbst die bloße Möglichkeit ignoriert, Gespräche über seine Rückkehr im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zu führen".

Den Aussagen Ombudsfrau zufolge war der britische Staatsbürger in der Vergangenheit als "Berufssoldat" in Einsätzen in Afghanistan, im Irak und in Libyen. In der Ukraine habe Urey Kampfeinsätze geleitet und "Söldner" für das ukrainische Militär ausgebildet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1491948fbef1ed7145439.jpg>

11:55 de.rt.com: **Präsident Vučić: Es tobt ein Weltkrieg und die westliche Welt führt ihn gegen Russland**

Der Krieg in der Ukraine ist kein lokaler Konflikt, sagt Serbiens Präsident Aleksandar Vučić. Es herrsche ein Weltkrieg – und in diesem Krieg kämpfe die westliche Welt gegen Russland. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat den Konflikt in der Ukraine als einen Weltkrieg bezeichnet, in dem der Westen ukrainische Soldaten gegen Russland kämpfen lässt. Diese Feststellung machte er in einem Interview mit TV Pink. Vučić betonte:

"Wir müssen begreifen, dass es sich um einen Weltkrieg handelt und nicht um einen regionalen oder lokalen Krieg. Die gesamte westliche Welt führt mittels der Ukrainer Krieg gegen Russland, dies ist ein weltweiter Konflikt. Das Einzige, was fehlt, ist ein bedeutender Krisenherd in Asien."

Er wies zudem darauf hin, dass das Geschehen in der Ukraine auch den Balkan ernsthaft in Mitleidenschaft ziehe, versprach aber, alles zu tun, um den Frieden in der Region zu sichern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d12554b480cc4731740714.jpg>

11:55 de.rt.com: **Reuters: Nordkoreas Außenamt reagiert scharf auf Kiews Abbruch der diplomatischen Beziehungen**

Die Ukraine habe kein Recht, die Entscheidung Nordkoreas zu verurteilen, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen, zitiert Reuters das Außenministerium in Pjöngjang.

Weiter hieß es, die Ukraine habe sich "in der Vergangenheit aktiv der ungerechten und illegalen feindlichen Politik der USA angeschlossen" und zum Beispiel die US-Sanktionen gegen die Waffenprogramme Nordkoreas unterstützt.

Zudem betonte die Behörde, sie werde "die Freundschaft und Zusammenarbeit" mit allen Ländern, die Nordkoreas Souveränität respektieren, weiter ausbauen.

Kiew hat diese Woche die diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea abgebrochen, nachdem Pjöngjang die Gebiete Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten anerkannt hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d12381b480cc3e022954be.jpg>

Nordkoreas Botschafter in Russland überreicht der Vertreterin von Donezk in Russland ein Dokument über die Anerkennung der DVR

nachmittags:

13:21 (12:21) novorosinform.org: **Kallas nannte Russland und die Russen die einzigen Feinde Estlands**

Die zurückgetretene estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas nannte Russland den einzigen wirklichen Feind des estnischen Staates, berichtet RIA Novosti.

Die Politikerin erklärte dies in ihrer Rede vor dem Parlament, nannte Tallinn einen anerkannten und respektierten Partner auf der Weltbühne und betonte, dass die Bevölkerung „darauf stolz sein kann“.

Kallas glaubt, dass Moskau die Welt für die gesamte Bevölkerung des Planeten gefährlich mache, und fügte hinzu, dass Russland bewusst auf eine Erhöhung der Energiepreise hingewirkt habe, um die Weltgemeinschaft zu destabilisieren.

"Wir haben nur einen Feind. Das ist Russland. Wir können nicht akzeptieren, dass es Russland ist, das die Welt um uns herum viel gefährlicher gemacht hat, als es vor einiger Zeit schien", sagte der ehemalige estnische Ministerpräsident vor dem Parlament.



https://novorosinform.org/content/images/89/57/48957_720x405.jpg

12:25 de.rt.com: **Uniper zapft wegen fehlender Lieferungen aus Russland Gasspeicher an** Wegen fehlender Gaslieferungen aus Russland hat der Energiekonzern Uniper begonnen, Gas aus Speichern zu entnehmen. Ein Sprecher bestätigte dies am Freitag:

"Seit Anfang der Woche entnehmen wir Gas aus den von uns selbst genutzten Kapazitäten."

Er argumentierte den Schritt mit Liquiditätsgründen sowie der Erfüllung von Verträgen.

Uniper-Chef Klaus-Dieter Maubach hat in der vergangenen Woche bereits angekündigt, dass ein solcher Schritt nötig werde.

Die für Deutschland wichtige Pipeline Nord Stream 1 wird derzeit gewartet. Die Arbeiten sollen bis zum 21. Juli dauern. Allerdings befürchtet die Bundesregierung, dass auch nach der Wartung kein Gas mehr durch die Pipeline fließen wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d128cb48fbef48803767f7.jpg>

Uniper-Chef Klaus-Dieter Maubach

12:50 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium gibt weitere Details über Raketenangriff auf Winniza bekannt**

Das russische Militär hat sich einen Tag nach dem Raketenangriff auf Winniza zu Wort gemeldet. Bei dem Angriff mit hochpräzisen seegestützten Kalibr-Raketen auf das Gebäude des Offiziershauses in Winniza seien am 14. Juli Teilnehmer einer Beratung des ukrainischen Luftwaffenkommandos mit Vertretern ausländischer Waffenlieferanten eliminiert worden, so das russische Verteidigungsministerium. In dem Militärbericht heißt es:

"Am 14. Juli schlugen hochpräzise seegestützte Kalibr-Raketen in das Gebäude des Offiziershauses in der Stadt Winniza ein. Zum Zeitpunkt des Angriffs fand in dieser Militäreinrichtung ein Treffen des Kommandos der ukrainischen Luftstreitkräfte mit Vertretern ausländischer Waffenlieferanten statt, bei dem die Übergabe einer weiteren Charge von Flugzeugen und Waffen an die ukrainischen Streitkräfte sowie die Organisation von Reparaturen der ukrainischen Luftwaffe besprochen wurde."

Bei dem Angriff seien die Teilnehmer des Treffens eliminiert worden, so das Ressort weiter. Die ukrainischen Behörden berichteten am 14. Juli über mindestens 20 zivile Opfer und 90 Verletzte. Die russische Seite machte dazu bisher keine Angaben.

dan-news.info: Erklärung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa über das Schicksal des gefangenen britischen Söldners Paul Urey

Seit Beginn der Spezialoperation stellen wir ständig Fälle der Beteiligung ausländischer Bürger an Kampfhandlungen auf Seiten der Ukraine fest.

Sowohl die Russische Föderation als auch die DVR haben mehrfach vor derartigen Schritten gewarnt. Aber das hindert die Söldner nicht, weiter in die Ukraine zu kommen. In dieser

Situation ist ihr Tod oder ihre Gefangennahme in der Zone der militärischen Spezialoperation ein gesetzmäßiges Resultat.

Derzeit werden in den Einrichtungen des Strafvollzugs der Republik eine Reihe ausländischer Bürger festgehalten. Sie werden des Söldnertums beschuldigt. Nach der Durchführung operativer Ermittlungsmaßnahmen werden sie vor Gericht gestellt werden.

Unter den genannten Personen befand sich auch der britische Bürger Paul Johnson Antony Dominic Urey. Ein professioneller Militär. Er war an den Konflikten in Afghanistan, Irak, Libyen und der Ukraine beteiligt. Er leitete militärische Operationen und befasste sich mit Anwerbung und Ausbildung von Söldnern für die bewaffneten Formationen der Ukraine. Er wurde im April dieses Jahres beim Versuch, einen Checkpoint, der von Soldaten der DVR kontrolliert wurde, zu überwinden, gefangen genommen.

Ich merke an, dass internationale Organisationen sowie offizielle Vertreter Großbritanniens (darunter das Foreign Office, die Botschaft in der RF, Mitglieder des britischen Parlaments) über die Gefangennahme von Paul Urey in Kenntnis gesetzt wurden. Außerdem wurde auf seine Bitte hin eine entsprechende Information an ausländische Medien übermittelt. Aber es ist keinerlei Reaktion aus Großbritannien erfolgt.

Bereits bei einer ersten medizinischen Untersuchung wurden bei Paul Urey eine Reihe chronischer Erkrankungen festgestellt. Darunter insulinpflichtige Diabetes, Schäden am Atmungssystem, den Nieren und eine Reihe Herz- und Kreislauferkrankungen.

Außerdem befand er sich aufgrund der Gleichgültigkeit in der Heimat gegenüber seinem Schicksal in einem schlechten psychischen Zustand. Er begriff, dass die Vertreter Großbritanniens selbst die Möglichkeit von Verhandlungen über seine Rückkehr im Rahmen eines Gefangenen austauschs ignorierten. Darüber hinaus wurden ihm nicht die notwendigen Medikamente über die IKRK zur Verfügung gestellt.

Von unserer Seite erhielt Paul Urey trotz der Schwere des ihm zugerechneten Verbrechens entsprechende medizinische Behandlung. Dennoch starb er aufgrund der diagnostizierten Krankheiten und des Stresses am 10. Juli.

13:15 de.rt.com: **Putin hält heute außerordentliche Sitzung mit Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates ab**

Der russische Präsident Wladimir Putin wird am heutigen Freitag ein außerordentliches Treffen mit den ständigen Mitgliedern des russischen Nationalen Sicherheitsrates abhalten, sagte sein Sprecher Dmitri Peskow zu Journalisten. Der Kremlsprecher präzisierte, dass Putins weitere Treffen am heutigen Tag nicht öffentlich sein werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d1481748fbef213d6e7456.jpg>
g

13:45 de.rt.com: **Verteidigungsminister der Ukraine: Verbündete schicken Beobachter, um Waffenfluss zu kontrollieren**

Der Westen befürchtet, dass die in die Ukraine gelieferten Waffen auf den Schwarzmarkt gelangen könnten. Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow sagte in einem Interview mit der Financial Times, einige der Verbündeten der Ukraine hätten Militärvertreter in das Land geschickt, um den Waffenfluss zu kontrollieren.

Es bestehe keine Möglichkeit, dass schwere Waffensysteme gestohlen würden, erklärte der Minister. Dies sei allein wegen der GPS-Tracker und der Überwachung durch Militärsatelliten nicht möglich.

Zudem äußerte Resnikow die Hoffnung, dass es auf dem Schlachtfeld ernsthafte Veränderungen zugunsten der Ukraine geben werde. "Ich hoffe, dass wir dieses Jahr eine Gegenoffensive erleben werden und dass sie erfolgreich sein wird", sagte der Minister.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d13d2548fbef23ac2b581c.jpg>

14:36 (13:36) novorosinform.org: **Die Ukraine verkauft westliche Waffen zusammen mit Getreide - Innenministerium der LVR**

Der stellvertretende Innenminister der LPR Witali Kiseljow erklärte, dass Kiew neben Getreide aus dem Westen erhaltene Waffen nach Europa verkaufe.

Die Spionageabwehr des SBU, die sich aktiv gegen die GUR stellt, habe den ukrainischen Medien Informationen zugespielt, dass einer der Kanäle für den Verkauf westlicher Waffen im Ausland vom Leiter der wichtigsten Geheimdienstbehörde der Ukraine, Kirill Budanow, eingerichtet und persönlich überwacht wurde, schrieb Kiseljow in seinem Telegram-Kanal. Er stellte fest, dass den erhaltenen Informationen zufolge mit Hilfe ukrainischer Neonazi-Gruppen Waffen, darunter ATGMs und MANPADS, nach Europa verkauft würden. Kiseljow gab an, dass der Verkauf zusammen mit Getreide durch Kanäle an den moldauischen und rumänischen Grenzen ausgeführt werde. Die Käufer dieser Waffen seien Nazis, Dschihadisten sowie kriminelle Gruppen, schrieb er.



https://novorosinform.org/content/images/89/66/48966_720x405.jpg

13:47 de.rt.com: **"Wir haben unseren Stolz" - Russische Violinistinnen lehnen Rückkehr zu Wettbewerb in Italien ab**

Wegen des Ukraine-Kriegs wurden drei russische Violinistinnen von der Teilnahme an einem Musikwettbewerb in Italien ausgeschlossen. Kurz darauf haben die Verantwortlichen ihre Entscheidung jedoch zurückgenommen. Nun aber wollen die Russinnen nicht mehr dabei sein.

Im Mai hatte die Leitung des nach dem berühmten Dirigenten Rodolfo Lipizer benannten Wettbewerbs in der italienischen Stadt Gorizia beschlossen, drei Violinistinnen mit russischer Staatsbürgerschaft abzulehnen.

Lorenzo Qualli, der Präsident des Wettbewerbs, erklärte damals gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass diese Entscheidung wegen des Ukraine-Krieges und im Einklang mit internationalen Sanktionen getroffen wurde. Er wäre bereit gewesen, russische Violinistinnen zum Wettbewerb zuzulassen, jedoch nur unter einer Bedingung: Sie müssten öffentlich ihr Nein zur russischen Politik in der Ukraine bekunden und gegen das Vorgehen der russischen Regierung protestieren.

In einem Brief an die Künstlerinnen schrieb Qualli, dass er "nichts gegen sie" habe und sich freuen würde, sie nach Beendigung des Ukraine-Konflikts zu empfangen. Er betonte auch, dass er für das kommende Jahr eine Änderung des Statuts der Veranstaltung plane und eine Klausel über die Unzulässigkeit der Teilnahme von "Vertretern aus Ländern, die sich im Krieg befinden", einfügen wolle.

Nun hat die Wettbewerbsleitung plötzlich ihre Entscheidung revidiert und die russischen Violinistinnen doch zur Teilnahme zugelassen. Jedoch wollen die Künstlerinnen aufgrund der russlandfeindlichen Haltung der Veranstalter selbst nicht mehr an dem Wettbewerb teilnehmen. Eine der Violinistinnen, Lidia Kotscharjan, hat der Nachrichtenagentur Ria Nowosti erklärt:

"Wir werden sowieso nicht an dem Wettbewerb teilnehmen, wir haben ja unseren Stolz. Wie kann man nach so etwas überhaupt noch zusagen?"

Wie sie betonte, habe man die Künstlerinnen einfach vor die Tatsache gestellt, dass sie nun zur Teilnahme berechtigt seien – für die diskriminierende Entscheidung habe sich bei ihnen niemand entschuldigt.

Der Zeitung Il Goriziano zufolge änderte der Wettbewerbsleiter Lorenzo Qualli nun seine Meinung, da "die Organisatoren des Wettbewerbs von allen Seiten erpresst" worden seien. Er hat erklärt, die Veranstaltung könne "ohne die Unterstützung der lokalen Behörden" nicht überleben und gerade sie hätten die Sanktionen gegen russische Künstlerinnen nicht unterstützt. "Während die Regierung von Sanktionen, Aufrüstung und Angst vor einer möglichen Invasion spricht, sagen die regionalen Behörden, die Stadt und alle anderen das

Gegenteil", so Qualli.

Die Behörden von Gorizia haben sich tatsächlich sehr gegen die russophobe Maßnahme der Wettbewerbsveranstalter gewehrt. "Das ist eine unverständliche und inakzeptable Entscheidung, sie widerspricht dem Geist der Veranstaltung, die Musik immer als ein Instrument der Annäherung zwischen den Menschen, der Überwindung von Grenzen und der menschlichen und kulturellen Freiheit verstanden hat", sagte der Bürgermeister der Stadt Rodolfo Ziberna laut BLN.

Außerdem kündigte das FVG-Orchester, das üblicherweise mit den Kandidaten des Wettbewerbs auftritt, dass es sich dieses Jahr aus dem Programm zurückzieht. "Wir haben diese Entscheidung sofort getroffen, auf eigene Initiative zusammen mit unserem künstlerischen Leiter", teilte der Präsident des FVG-Orchesters Paolo Petiziol der Nachrichtenagentur TASS mit. "Teilnehmer auszuschließen, nur weil sie russische Staatsbürger sind – das ist ein schwerwiegender Vorfall."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d0278048fbef1a766babd4.jpg>

14:20 de.rt.com: **Bloomberg: EU reduziert Hilfe für die Ukraine**

Laut Bloomberg werde die Europäische Union der Ukraine wegen ernster wirtschaftlicher Probleme rund eine Milliarde Euro anstelle der geplanten neun Milliarden Euro zur Verfügung stellen. In dem Artikel heißt es:

"Die umfangreiche Hilfe für die Ukraine, die die EU im Mai versprochen hat, scheint in den Hintergrund zu rücken, da die Union mit ernsthaften wirtschaftlichen Problemen konfrontiert ist."

Der Artikel erinnert daran, dass die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vor fast zwei Monaten vorgeschlagen hatte, der Ukraine neun Milliarden Euro als Notkredite zukommen zu lassen. Bislang konnte sich die Union nur auf eine erste Tranche einigen, die ein Neuntel dieses Betrags abdeckt.

Zudem soll der Vorschlag der Europäischen Kommission, einen Großteil des ukrainischen Wiederaufbauplans zu finanzieren, den Kiew auf 750 Milliarden Dollar schätzt, einige Mitglieder der Union alarmiert haben:

"Der Vorschlag der Europäischen Kommission hat einige EU-Mitglieder aufgeschreckt, die über die enormen Anstrengungen, die der Wiederaufbau des Landes erfordert, und die möglichen Probleme mit der Korruption besorgt sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1489648fbef213d6e7458.jpg>

14:50 de.rt.com: **LVR richtet Stab zur Vorbereitung eines Referendums über Russland-Beitritt ein**

Die Volksrepublik Lugansk hat einen eigenen Stab für die Vorbereitung eines Referendums über den Beitritt zu Russland eingerichtet. Darüber berichtet die Agentur Interfax mit Verweis auf Marina Filippowa, einer Beraterin des Oberhauptes der Volksrepublik.

Heute sei eine "sehr wichtige Entscheidung" getroffen worden, die "wir natürlich begrüßen und unterstützen werden", sagte Filippowa zu Journalisten.

Am 21. Februar 2022 hatte der russische Präsident Wladimir Putin die Souveränität der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannt. Am selben Tag unterzeichneten er und die Oberhäupter der beiden Republiken ein Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d15a8d48fbef21e460be07.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d15a8d48fbef21e460be07.jpg)

[g](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d15a8d48fbef21e460be07.jpg)

Ein Angehöriger der Volksmiliz und Kinder beim feierlichen Hissen der Flagge der Volksrepublik Lugansk

15:15 de.rt.com: **Verteidigungsministerium: Russische Vorschläge zum Getreidetransport von allen Seiten unterstützt**

Das russische Verteidigungsministerium hat über die in Istanbul abgehaltenen Getreidekonsultationen berichtet. Nach Angaben des Ministeriums habe Russland Maßnahmen vorgeschlagen, um den Transport von Lebensmitteln ins Ausland, einschließlich

der Partner Russlands, zu gewährleisten. Diese Maßnahmen seien von allen Teilnehmern unterstützt worden.

Pressesprecher des Ressorts, Igor Konaschenkow, betonte:

"Russland hat Maßnahmen vorgeschlagen, um den Transport von Lebensmitteln ins Ausland, auch zu Partnern Russlands, zu gewährleisten, um dabei die Nutzung dieser Lieferketten zur Versorgung des Kiewer Regimes mit Waffen und militärischer Ausrüstung auszuschließen und Provokationen zu verhindern."

Ferner präzisierte Konaschenkow, dass die Vorschläge von den Teilnehmern der Konsultationen weitgehend unterstützt worden seien. Das Abschlussdokument "Schwarzmeer-Initiative" werde in Kürze fertiggestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1513448fbef22196dfa5f.jpg>

15:29 de.rt.com: **Orbán warnt: Antirussische Sanktionen töten europäische Wirtschaft**

Ungarn verfolgt im Ukraine-Konflikt einen vorsichtigen Kurs und versucht seine eigenen nationalen Interessen mit seinen Bündnisverpflichtungen im Rahmen von Organisationen wie der NATO und der EU zu verbinden.

Die EU-Sanktionen gegen Russland seien "falsch kalkuliert" und könnten Europas Wirtschaft zerstören, wenn Brüssel seine Haltung nicht ändere. Das hat der ungarische Premierminister Viktor Orbán am Freitag in einem Radiointerview erklärt. Orbán, der die Russland-Politik der EU scharf kritisierte, sagte:

"Die Stunde der Wahrheit muss in Brüssel kommen, wenn die Staats- und Regierungschefs zugeben, dass sie sich verkalkuliert haben, dass die Sanktionspolitik auf falschen Annahmen beruhte und geändert werden muss."

Er sagte weiter, dass die Ukraine zwar Hilfe brauche, die Staats- und Regierungschefs der EU aber ihre Strategie gegenüber Russland ändern sollten.

Orbán fügte hinzu, dass die Sanktionen die russische Wirtschaft nicht destabilisiert und Moskau nicht gezwungen hätten, die Militäroperation einzustellen. Stattdessen hätten sie der wirtschaftlichen Stabilität der EU selbst großen Schaden zugefügt, so der Minister weiter. Der ungarische Regierungschef erklärte:

"Die Sanktionen helfen der Ukraine nicht, aber sie sind schlecht für die europäische Wirtschaft, und wenn es so weitergeht, werden sie die europäische Wirtschaft zerstören ... Was wir im Moment sehen, ist unerträglich."

Bereits im Mai warnte Orbán vor einer drohenden Rezession in der EU als Folge ihrer Anti-Russland-Politik, als er sagte, dass die derzeitige Energiekrise zusammen mit den Zinserhöhungen in den USA "gemeinsam die Ära der hohen Inflation herbeigeführt haben", was "die Ära der Rezession herbeiführen wird".

Zwei Monate später scheint er jedoch noch größere Zweifel an der Zukunft der Wirtschaft des Euroraums zu haben. Orbán warnte:

"Anfangs dachte ich, wir hätten uns nur selbst ins Bein geschossen [mit den Anti-Russland-Sanktionen], aber jetzt ist es klar, dass die europäische Wirtschaft sich selbst in die Lunge

geschossen hat und nach Luft schnappt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1642748fbef5e2c27e4e9.jpeg>

16:00 de.rt.com: **Beschwerde abgewiesen: Sportgerichtshof CAS bestätigt Ausschluss russischer Fußballteams**

Russische Fußballvereine dürfen weiterhin nicht an internationalen Wettbewerben teilnehmen. Der Internationale Sportgerichtshof CAS in Lausanne wies insgesamt sechs Beschwerden gegen entsprechende Beschlüsse von FIFA und UEFA zurück und veröffentlichte am Freitag ein entsprechendes Urteil.

Sowohl der Fußball-Weltverband FIFA als auch die Europäische Fußball-Union UEFA hatten russische Auswahl- und Clubmannschaften suspendiert. Dadurch durfte Russlands Männer-Nationalmannschaft nicht mehr in der WM-Qualifikation antreten und wurde auch aus der Nations League ausgeschlossen. Gegen diese Entscheidungen hatten der russische Fußballverband und vier Clubs (ZSKA, Zenit, Dinamo und Sotschi) Berufung eingelegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d14eff48fbef20fc16d52a.jpg>

Der Internationale Sportgerichtshof in Lausanne, Schweiz

16:30 de.rt.com: **Nach Tod eines britischen Söldners in der DVR: Britische Regierung "alarmiert"**

Nach dem Tod des Briten Paul Urey in der Volksrepublik Donezk sagte ein britischer Regierungssprecher in London:

"Das sind eindeutig alarmierende Berichte, und unsere Gedanken sind natürlich bei seiner Familie und seinen Freunden."

Laut Sky News untersuche das britische Außenministerium die Berichte "dringend". Die

Mutter des Verstorbenen, Linda Urey, schrieb, dass sie "absolut am Boden zerstört" sei. Wie [The Guardian](#) bereits im April berichtete, hatte seine Mutter Bedenken über den Gesundheitszustand ihres Sohnes geäußert und das britische Außenministerium aufgefordert, bei seiner Freilassung zu helfen. In dem Schreiben erwähnte sie, dass ihr Sohn an Diabetes Typ 1 litt.

16:41 de.rt.com: **Saudi-Arabien verdoppelt Ölimporte aus Russland**

Während US-Präsident Joe Biden in den Nahen Osten gereist ist, um von Saudi-Arabien eine Erhöhung der Öl-Fördermenge zur Schwächung Russlands zu fordern, berichtet "Reuters", dass das saudische Königreich seine Importe von Öl aus Russland im zweiten Quartal mehr als verdoppelt hat. Saudi-Arabien nutzt das russische Öl zur Stromerzeugung.

Kurz vor dem Besuch von US-Präsident Biden im Königreich wird bekannt, dass Riad seine Öl-Importe aus Russland gesteigert hat. Laut Reuters habe das saudische Königreich seine Einfuhren von Öl zur Stromgewinnung aus Russland im zweiten Quartal mehr als verdoppelt. Unter Berufung auf Refinitiv-Daten meldete Reuters, von April bis Juni hätten 647.000 Tonnen Öl das Königreich über russische und estländische Häfen erreicht. Dies entspricht 48.000 Barrel (159 Liter) pro Tag. In der gleichen Zeit im Vorjahr betrug die Menge 320.000 Tonnen. Saudi-Arabien, der größte Ölexporteur der Welt, verwendet das importierte Öl zur Stromerzeugung und kann dann eigenes Rohöl exportieren. Die saudi-arabischen und russischen Energieministerien lehnten es ab, sich zu der starken Zunahme der Ölimporte zu äußern.

Saudi-Arabien soll zudem mehr russisches Öl über das Fujairah-Ölterminal in den Vereinigten Arabischen Emiraten importiert haben. Laut Routenverfolgung und Überwachung von Schiffen hat Fujairah in diesem Jahr bislang 1,17 Millionen Tonnen russisches Öl erhalten, verglichen mit 0,9 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Russland bietet sein Öl angesichts der internationalen Sanktionen auf dem Weltmarkt mit einem Preisabschlag von rund 25 bis 30 Prozent zur Ölsorte Brent an. Die zunehmenden Ölimporte aus Russland, die Saudi-Arabien zur Stromerzeugung verwendet, zeigten die Herausforderung, vor der US-Präsident Joe Biden stehe, wenn seine Regierung versuche, Russland zu isolieren und seine Energieexporteinnahmen zu kürzen, kommentiert Reuters. Während EU-Länder den Gas- und Ölimporte aus Russland verboten oder drastisch reduziert haben, haben China, Indien und mehrere afrikanische und nahöstliche Länder die Importe aus Russland erhöht. Biden besucht am Freitag Saudi-Arabien, um eine Erhöhung der Ölfördermenge von Saudischen Führung – zwecks einer gezielten Senkung der weltweiten Ölpreise – zu fordern, da die steigende Ölpreise im Westen eine galoppierende Inflation ausgelöst haben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d17c28b480cc458f566a10.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der**

Territorialverteidigung der DVR am 15. Juli 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 28 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 4500 Menschen wandten sich an medizinische Einrichtungen.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt zur Inbetriebnahme vorbereitet.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman, Sachanka, Berdjanskoje und Kalinowka durchgeführt.

Die Gasversorgung wurde im Bezirk Mangusch in Betrieb genommen, Gasleitungen in Mariupol wurden angeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 12 Hektar Territorium untersucht und 204 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:30 de.rt.com: Russisches Außenministerium verhängt Einreiseverbot für 384 Mitglieder des japanischen Parlaments

Moskau hat Sanktionen gegen 384 Mitglieder des japanischen Parlaments verhängt und ihnen die Einreise nach Russland untersagt. Dies gab das russische Außenministerium bekannt. In der Erklärung heißt es:

"Es wurde beschlossen, 384 Mitgliedern des japanischen Repräsentantenhauses ab dem 14. Juli die Einreise nach Russland zu verweigern, die eine unfreundliche antirussische Haltung eingenommen haben, einschließlich unbegründeter Anschuldigungen gegen unser Land im Zusammenhang mit der militärischen Sonderoperation in der Ukraine."

Das Ressort präzisierte ferner, dass diese Entscheidung mit der Verhängung persönlicher Sanktionen durch die japanische Regierung gegen viele russische Abgeordnete der Duma im April zusammenhänge.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d171d7b480cc45423434c3.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: Sacharowa: UNO nimmt zur Situation in Winniza keine objektive

Position ein

Das UN-Sekretariat nimmt in seiner Stellungnahme zur Lage in Winniza keine gleich distanzierte Position ein. Dies sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in einer Antwort auf eine Medienanfrage zu den Äußerungen von UN-Generalsekretär António Guterres zu diesen Ereignissen.

Die russische Diplomatin rief auch das UN-Sekretariat dazu auf, zur Erhaltung von Frieden und Stabilität beizutragen. Sie sagte:

"Das Sekretariat nimmt entgegen den Anforderungen der UN-Charta keine äquidistante Haltung ein, wie man es von einem Sekretariat der wichtigsten internationalen Organisation erwarten würde, die unter anderem zur Beilegung von Streitigkeiten berufen ist. Wir möchten unsere geschätzten Kollegen im Sekretariat der Weltorganisation daran erinnern, dass es nicht ihre Aufgabe ist, bei Streitigkeiten Partei zu ergreifen, sondern zur Erhaltung von Frieden und Stabilität beizutragen. Dafür werden sie bezahlt und dazu sind sie verpflichtet."

Sacharowa wies insbesondere darauf hin, dass die Vereinten Nationen nach Berichten des russischen Verteidigungsministeriums wissen müssen, dass der Angriff mit hochpräzisen Kalibr-Raketen in Winniza auf das Garnisonsgebäude der Offiziere erfolgte, in dem das ukrainische Luftwaffenkommando zu diesem Zeitpunkt ein Treffen mit Vertretern ausländischer Waffenlieferanten abhielt. Sie fügte hinzu:

"Wenn nicht, empfehlen wir Guterres, die Ukraine aufzufordern, die Frage zu beantworten, warum das Kiewer Regime militärische Einrichtungen in unmittelbarer Nähe von Zivilisten aufstellt."

Sie sagte, der UN-Generalsekretär übersehe wie viele andere Vertreter der Organisation, wenn die ukrainischen Streitkräfte gezielte Raketenangriffe auf zivile Ziele und Wohngebiete in Städten durchführe. So haben weder Guterres noch sein offizieller Vertreter noch irgendjemand aus dem UN-Sekretariat die Angriffe auf Zivilisten und zivile Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Beschuss von Kursk, Belgorod und Nowaja Kachowka verurteilt. Sacharowa wies darauf hin, dass die Explosionen der Salpeterlager Wohnhäuser, eine Kirche und andere Gebäude beschädigt hätten. "Die Wucht der Detonation war mit der Explosion im Hafen von Beirut vergleichbar", und etwa 190 Menschen hätten medizinische Hilfe gesucht. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums fügte hinzu:

"Der stellvertretende offizielle Vertreter des UN-Generalsekretärs, Farhan Haq, antwortete auf die Bitte, den Vorfall in Nowaja Kachowka zu kommentieren, mit den Worten: 'Es gibt keinen Kommentar zu diesem Thema'. Und in der Vergangenheit haben die Vereinten Nationen wiederholt Berichte über den Tod von Zivilisten, einschließlich Kindern, bei Angriffen ukrainischer Truppen ignoriert. Auch der offizielle Vertreter des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, hatte keine Informationen darüber, dass die Ukraine Zivilisten als menschliche Schutzschilde einsetzt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1765048fbef22196dfaa8.jpg>

18:21 de.rt.com: **Russland: Neues Gesetz verbietet einheimischen Firmen, Aufträge des Militärs abzulehnen**

Ein neues Gesetz, das vom russischen Präsidenten Wladimir Putin am Donnerstag unterzeichnet wurde, soll es jeglichen russischen Unternehmen verbieten, Aufträge vom russischen Militär abzulehnen. Dies soll jedoch nur in Zeiten von Operationen zur Terrorismusbekämpfung oder anderen Einsätzen in Ausland gelten.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag ein Gesetz unterzeichnet, das Sonderregelungen für die Wirtschaft während der Terrorismusbekämpfung und anderer Operationen des russischen Militärs im Ausland vorsieht.

Dem Gesetz zufolge ist es russischen Unternehmen nun untersagt, militärische Aufträge abzulehnen, während derartige Operationen laufen. Unter diese Bestimmung fallen laut dem Dokument Verträge über den Kauf von Waren und Dienstleistungen für die Armee sowie solche, die darauf abzielen, Vorräte an Produkten, Rohstoffen und Halbfertigwaren für Verteidigungsaufträge anzulegen.

Die Maßnahme wird als notwendig angesehen, weil einige russische Unternehmen sich weigerten, Rüstungsaufträge anzunehmen, denn die westlichen Sanktionen richten sich nämlich gegen alle Unternehmen, die als Unterstützer der militärischen Operationen Moskaus in der Ukraine gelten. Zu den bereits sanktionierten Unternehmen gehören die Russische Eisenbahn, Schifffahrts- und Transportunternehmen des Landes, Militärlieferanten und Banken.

Wenn die Sondermaßnahmen in der Wirtschaft eingeführt werden, hat die Regierung auch das Recht, vorübergehend Mobilisierungskapazitäten und -einrichtungen zu reaktivieren sowie auf die Sachwerte der staatlichen Reserve zurückzugreifen.

Das Gesetz soll sicherstellen, dass die russischen Streitkräfte ausreichend ausgerüstet sind, um Terrorismusbekämpfung und andere Operationen außerhalb Russlands durchführen zu können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1743548fbef213d6e7498.jpg>

Russische Streitkräfte während eines Manövers im Jahr 2018

18:30 de.rt.com: **Ukrainische Armee feuert 90 Geschosse auf DVR innerhalb von 1,5 Stunden ab**

Die ukrainischen Truppen sollen innerhalb von anderthalb Stunden 66 Granaten des NATO-Kalibers 155 mm auf die Stadt Donezk, Siedlungen Werchnetorezkoje und Dolomitnoje abgefeuert haben. Dies teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes mit.

Auch die Stadt Jassinowataja und das am Stadtrand gelegene Dorf Mineralnoje sollen getroffen worden sein. Innerhalb einer halben Stunde wurden offenbar 24 Geschosse vom Kaliber 122 mm und 152 mm auf diese Siedlungen abgefeuert. Zudem soll ein Zivilist durch

den Beschuss der Siedlung Jakowlewka, die nicht weit von Jassinowataja liegt, durch ukrainische Streitkräfte verletzt worden sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d17e35b480cc458f566a14.jpg>
Die Stadt Jassinowataja in der DVR

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 15.07.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 560 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert sowie nicht lenkbare Luftraketen des Kalibers 80mm (ohne Einsatz von Fluggeräten) eingesetzt.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starb ein Zivilist und 9 wurden verletzt**. 11 Wohnhäuser wurden beschädigt und ein Haus wurde zerstört.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **6 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 8 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:45 de.rt.com: **US-Repräsentantenhaus billigt Rekordsumme für Verteidigungsausgaben**

Das US-Repräsentantenhaus hat Verteidigungsausgaben in Höhe von 840 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2023 genehmigt und damit den von US-Präsident Joe Biden vorgeschlagenen Rekord-Militärhaushalt um 37 Milliarden US-Dollar erhöht.

Der jährliche National Defense Authorization Act (NDAA) der USA, der die US-Militärausgaben festlegt, wurde am Donnerstag mit 329 zu 101 Stimmen verabschiedet. Er sieht Hilfen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar für die Ukraine vor, darunter ein Programm zur Ausbildung ukrainischer Piloten für den Einsatz in F-15, F-16 und anderen US-Flugzeugen. Die Ukrainer sollten sich mit Flugzeugen aus US-amerikanischer Produktion vertraut machen, "während die Regierung weiterhin die Entsendung solcher Ausrüstung in Erwägung zieht", hieß es letzten Monat in einer Erklärung auf der Webseite des US-Kongressabgeordneten Adam Kinzinger.

Der Gesetzesentwurf verbietet auch die Lieferung von F-16 an die Türkei; es sei denn, der US-Präsident garantiere dem US-Kongress, dass Ankara die Souveränität Griechenlands in den letzten 120 Tagen vor der Übergabe nicht verletzt habe, auch nicht durch territoriale Überflüge.

Im Juni 2022 hat der Ausschuss für US-Streitkräfte des US-Senats seine eigene Version des Haushaltsplans vorgelegt und den ursprünglichen Plan Bidens um 45 Milliarden US-Dollar aufgestockt.

Beide Kammern werden im Laufe des Jahres über einen Kompromisshaushalt abstimmen müssen. Jack Reed, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Streitkräfte, erklärte am 13. Juli gegenüber dem Magazin Politico, er erwarte eine entsprechende Debatte über das Thema im September.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben fällt in die Zeit des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine und der anhaltenden Spannungen mit China wegen Taiwan und dem gesamten asiatisch-pazifischen Raum.

Washington hat Kiew bislang rund 5,6 Milliarden US-Dollar an Sicherheitshilfen zugesagt, nachdem Russland Ende Februar seine Militäroperation gestartet hatte. Zu den von Washington gelieferten schweren Waffen gehören M142 HIMARS-Mehrfachraketenwerfer und M777-Haubitzen. Außerdem wurden Radargeräte, Hubschrauber und Drohnen geliefert. Der Kreml hat hingegen erklärt, dass eine "Überflutung" der Ukraine mit ausländischen Waffen den Konflikt nur noch verschärfen würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d187c448fbef1ed7145491.jpeg>

19:09 de.rt.com: **EU will eingefrorene russische Vermögenswerte zum Aufbau der Ukraine verwenden**

Seitens der EU-Mitgliedsländer wurden innerhalb von vier Monaten russische Vermögenswerte im Umfang von über 13 Milliarden Euro eingefroren. Nun sucht Brüssel nach Wegen, das beschlagnahmte Eigentum zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine einzusetzen.

Schätzungsweise 750 Milliarden Dollar (rund 720 Milliarden Euro) soll der Wiederaufbau der Ukraine kosten. Dies hatte der ukrainische Premierminister Denis Schmygal jüngst bei einer Konferenz im schweizerischen Lugano erklärt. Er forderte zugleich, die weltweit eingefrorenen russischen Vermögenswerte dafür heranzuziehen.

Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine wurde auch in den USA oder in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) das private Eigentum von russischen Staatsbürgern, die mit Sanktionen belegt wurden, eingefroren.

Erst vor wenigen Tagen erklärte EU-Justizkommissar Didier Reynders, dass sich 98 Unternehmen und fast 1.160 Personen auf der Sanktionsliste der europäischen Staatengemeinschaft befänden. Auch ihre Vermögenswerte in Milliardenhöhe wurden bislang eingefroren. Dabei wurden seitens der Behörden etwa Bankkonten gesperrt oder Besitztümer wie Luxusyachten oder Immobilien sichergestellt. Reynders unterstrich:

"Im Moment haben wir Gelder von Oligarchen und anderen Organisationen im Wert von 13,8 Milliarden Euro eingefroren, das ist ziemlich viel."

Der größte Teil davon stamme laut Reynders aus "nur fünf" der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die

übrigen forderte er dazu auf, mehr in dieser Hinsicht zu tun. In Deutschland etwa wurde zuletzt bekannt, dass in München sogar drei Wohnungen beschlagnahmt und ein Bankkonto eines Russen gesperrt wurden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft München handelt es sich bei dem Beschuldigten um ein Mitglied der russischen Staatsduma.

Wie aus Medienberichten hervorgeht, sucht Brüssel nun nach Wegen, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu beschlagnahmen und zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine einzusetzen. Wie das Nachrichtenportal Euractiv jüngst berichtete, prüfe die EU derzeit rechtliche Möglichkeiten, wie man das eingefrorene Eigentum wiederverwenden könnte. So soll demnach die Europäische Kommission einem Pilotprojekt zugestimmt haben, im Rahmen dessen eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet werden sollte.

Laut [Bericht](#) soll etwa die Verletzung von EU-Sanktionen in die Liste der Straftaten aufgenommen werden, wodurch eine Rechtsgrundlage für Strafmaßnahmen in der gesamten EU geschaffen worden wäre. Dem Vorschlag müssen aber noch EU-Staats- und Regierungschefs zustimmen.

Die gemeinsamen EU-Vorschriften würden es demnach auch der von der EU-Kommission im März eingerichteten Sanktions-Task-Force "Freeze and Seize" (zu Deutsch: Einfrieren und Beschlagnahmen) erleichtern, Vermögenswerte sicherzustellen.

Auch der EU-Justizkommissar deutete entsprechende Absichten Brüssels vor wenigen Tagen an. So erklärte Reynders, dass die Europäische Union bereits im Oktober eine Richtlinie verabschieden wolle, die es ermögliche, russische Vermögenswerte auf dem Gebiet der EU zu beschlagnahmen, wenn versucht werde, die Sanktionen zu umgehen. Wörtlich sagte er: "Nach der Sommerpause werden wir im Europäischen Rat eine Genehmigung haben."

Auch er führte an, dass man "die Liste der EU-Delikte um einen solchen Straftatbestand erweitern" wolle. Reynders äußerte sich auch zur möglichen Verwendung des beschlagnahmten Eigentums. So könne das Geld nach der Beschlagnahmung beispielsweise in einen gemeinsamen Fonds für das ukrainische Volk zurückfließen.

Inmitten des Ukraine-Konflikts verhängten westliche Länder, darunter auch die EU, eine Reihe weitreichender Sanktionen gegen Moskau, darunter das Einfrieren von Vermögenswerten und ein Verbot von russischen Öllieferungen auf dem Seeweg. Die Strafmaßnahmen zielen weitgehend auf die russische Wirtschaft ab und sollen angeblich die Fähigkeit des Landes zur Finanzierung seines Militärs einschränken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d156f848fbef23ac2b5844.jpg>

Die millionenschwere Megayacht Scheherazade liegt am 6. Mai 2022 im toskanischen Hafen von Marina di Carrara vor Anker. Italien hatte das 140 Meter lange Schiff festgesetzt. Die Yacht wird von den italienischen Behörden auf einen Wert von rund 650 Millionen Euro geschätzt.

19:10 de.rt.com: **Britisches Außenministerium lädt russischen Botschafter nach dem Tod von Paul Urey vor**

Das britische Außenministerium hat den russischen Botschafter in London, Andrei Kelin,

wegen der Berichte über den Tod des britischen Söldners in der Donezker Volksrepublik vorgeladen. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die auf der Webseite der britischen Regierung veröffentlicht wurde. Sie sagte:

"Das Auswärtige Amt hat den russischen Botschafter Andrei Kelin einbestellt, um die tiefe Besorgnis des Vereinigten Königreichs über Berichte zum Tod des britischen Staatsbürgers Paul Urey in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine zum Ausdruck zu bringen."